



Übersicht über Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene von SED-Unrecht¹

Erstellt von der Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten

Bestehende spezialisierte Hilfsangebote für Betroffene von SED-Unrecht

Im Bereich SED-Unrecht gibt es verschiedene Anlaufstellen für die Beratung von Betroffenen; manche werden staatlich finanziert oder gefördert, manche sind hauptsächlich von ehrenamtlichem Engagement getragen. Die einzelnen Anlaufstellen sind unterschiedlich stark personell ausgestattet und zum Teil auch auf die Unterstützung bestimmter Betroffenenengruppen spezialisiert; manche haben ihren Schwerpunkt in der Vernetzung von Betroffenen. Teilweise entstehen und verschwinden neue Initiativen auch recht schnell (siehe zu allen Angeboten ausführlich die Broschüre der Bundesstiftung²). Hinzu kommt, dass die meisten der verstetigten Angebote in den ostdeutschen Bundesländern verortet sind.

An westdeutschen Standorten besteht die Schwierigkeit, dass es nur sehr wenige SED-unrechtsbezogene Anlaufstellen gibt. Besondere Herausforderungen sind daher bei der Vermittlung an wohnortnahe soziale, medizinische und psychologische Hilfen zu erwarten. Gegenwärtig besteht kein flächendeckendes oder klar bedarfsgerecht ausgerichtetes Beratungsangebot in den westdeutschen Bundesländern; allerdings gibt es in einzelnen Ländern anzusprechende Stellen (s. S. 6f).

Übersicht über Beratungs- und Hilfsangebote, erste mögliche Anlaufstellen³

- a) Beratungen (auch zu Rehabilitierungsverfahren, Anträge auf Beschädigtenversorgung, auf weitere Unterstützungsleitungen):
 - **Sechs Landesbeauftragte zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in den ostdeutschen Bundesländern mit Beratungsangebot**
 - **Zuständigkeit:** In der Regel ist die Zuständigkeit auf Anwohner des eigenen Bundeslandes oder auf Personen, die auf dem heutigen Landesterritorium zu DDR-Zeiten Repressionen ausgesetzt waren, begrenzt. Dennoch kann das jeweilige Beraterteam auch aus anderen Bundesländern angesprochen werden (und vermittelt ggf. weiter).
 - **Angebot:** Die Beraterteams in den Bundesländern bieten Einzelfallberatung an, sie informieren und unterstützen (z. T. auch juristisch) bei allen Fragen zur Rehabilitierung,

¹ Stand 31.10.23, teilaktualisiert am 23.09.2024.

² Übersichtspublikation über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR von der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Tel.: (030) 31 98 95 – 0, 7. überarbeitete Auflage 2020, buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de; <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/publikationen/uebersicht-ueber-beratungsangebote-fuer-opfer-politischer-verfolgung-der-sbzddr>; Podcast zur Geschichte der Beratungsstellen für Diktaturopfer, 2022 von der Bundesstiftung erstellt: <https://open.spotify.com/playlist/7J76pNpkRi3t2UhtgKNHY8>

³ Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und stellt lediglich eine Auswahl dar.

zur Entschädigung und zu Versorgungsleistungen bei gesundheitlichen Folgeschäden. Teilweise werden auch psychosoziale Beratung und Informationen zur Einsicht in die unterschiedlichen Archive angeboten.

Alle Landesbeauftragten haben zudem auch einen Härtefallfonds⁴, wo in der SBZ und DDR politisch Verfolgte (als anerkannt Rehabilitierte des Bundeslandes) materielle Unterstützungsleistungen (z. B. medizinische oder Mobilitätshilfen) beantragen können, wenn sie sich in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden.

- Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin, Tel.:(030) 24 07 92 - 0; info@aufarbeitung-berlin.de, <https://www.berlin.de/aufarbeitung/>
- Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, Tel.: (03 31) 23 72 92, aufarbeitung@lakd.brandenburg.de, www.aufarbeitung.brandenburg.de
- Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bleicherufer 7, 19053 Schwerin, Tel.: (03 85) 73 40 – 06; post@lamv.mv-regierung.de, www.landesbeauftragter.de
- Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Devrientstraße 1, 01067 Dresden, Tel.: (03 51) 4 93 37 00; LASD@slt.sachsen.de, <https://lasd.landtag.sachsen.de>
- Der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schleinufer 12, 39104 Magdeburg, Tel.: (03 91) 5 60 15 01; info@lza.lt.sachsen-anhalt.de, <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/>
- Der Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel.: (0361) 573114 – 951; info@thla.thueringen.de, <https://thla.thueringen.de/1>

- **Dachverband „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“**, Berlin Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin, Tel.: 030 55 77 93 51, info@uokg.de, www.uokg.de
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständiger Dachverband von über 30 Vereinen, Initiativen und Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen
 - Angebot: persönliche 1. psychosoziale, 2. soziale und 3. juristische Einzelfallberatung sowie die 4. Beratung für Betroffene von Zwangsadoptionen und ehemalige Heimkinder durch ein Beraterteam für alle Gruppen politisch Verfolgter der SED-Diktatur; Kontaktherstellung und Vermittlung zu allen Einzelverbänden und Initiativen (u. a. auch für ehemalige DDR-Geflüchtete inklusive Rentenproblematik, verfolgte Schülerinnen und Schüler oder für Vermögensgeschädigte)

⁴ Geplant ist von der Bundesregierung auch, einen bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer von SED-Unrecht einzurichten. Damit würden künftig auf Antrag Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig vom Wohnort entstehen.

-
- **Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e. V.**, Berlin
Uhlandstraße 120, 10717 Berlin Tel.: (030) 2655 238 – 0; h.diederich@vos-ev.de, www.vos-ev.de
 - Zuständigkeit: bundeweit zuständiger (ältester Opfer-)Verband der ehemaligen Insassinnen und Insassen sowjetischer Lager und Kriegsgefangener und politischer Häftlinge der DDR
 - Angebot: Betreuung und Vernetzung ehemaliger politischer Häftlinge sowie allgemeine Beratung bei Schäden aus politischer Verfolgung sowie zu den Ansprüchen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen durch die Bundesgeschäftsstelle und unterschiedlich aktive Bezirksgruppen und Landesverbände

 - **Bürgerbüro e. V.**, Berlin
Glockenstraße 8, 14163 Berlin, Tel.: (030) 463 – 4806; info@buergerbuero-berlin.de, www.buergerbuero-berlin.de
 - Zuständigkeit: bundesweit tätiger Verein (vor allem ehemaliger Bürgerrechtlerinnen und -rechtler der ehemaligen DDR) zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
 - Angebot: bietet auch telefonische und persönliche (auch soziale) Beratung von Menschen, die unter Willkürakten des SED-Regimes fortlaufend zu leiden haben (u. a für Heimkinder und Opfer der DDR-Jugendhilfe, verfolgte Schüler und Schülerinnen, Kirchenangehörige, Oppositionelle des Regimes)

 - **Nur für spezifische Unterstützungsleistung⁵ der Stiftung HHG: Stiftung für ehemalige politische Häftlinge**, Bonn
Menuhinstraße 6 10, 53113 Bonn, Tel.: (0228) 36893-70; info@stiftung-hhg.de, www.stiftung-hhg.de, <https://www.service.bund.de/Content/DE/DEBehoerden/S/Stiftung-fuer-ehemalige-politischeHaeflinge/Stiftung-fuer-ehemalige-politischeHaeflinge.html?nn=4641496>
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständige und dem BMJ⁶ unterstellte Stiftung; sie gewährt auf Antrag finanzielle Unterstützung für ehemalige politische Häftlinge, die weniger als 90 Tage rechtsstaatswidriger Freiheitsentziehung zu erleiden hatten (werden von der sog. Opferrente nicht erfasst), sowie für Hinterbliebene von ehemaligen politischen Häftlingen, wenn sie in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind.
 - Angebot: Beratung zur Antragsstellung bei der Stiftung

⁵ Als ebenfalls spezifische Unterstützungsleistung bestand bis 2022 im ganzen Bundesgebiet zudem ein zeitlich befristetes Hilfesystem mit Anlaufstellen der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ (oft bei der Lebenshilfe), bei denen Menschen, die als Kinder und Jugendliche vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 in der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und die heute noch an Folgewirkungen leiden, sich für individuelle (auch soziale) Beratung und Entschädigungsleistungen melden und diese beantragen konnten. <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Soziale-Entschaedigung/Stiftung-Anerkennung-und-Hilfe/stiftung-erkennung-und-hilfe.html>

⁶ Bundesministerium der Justiz (BMJ).

b) Hilfsangebote (z. T. mit Beratung) für spezifische Betroffenenengruppen:

- **Trauma-Beratungsstelle „Gegenwind“, Berlin**
gegenwärtig: Bredowstr 36, 10551 Berlin, Tel.: (030) 3987 9811, kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de, www.beratungsstelle-gegenwind.de
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbare Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur unter Leitung eines Psychologischen Psychotherapeuten (Opfer politischer Inhaftierung, psychischer Zersetzung, beruflicher Selbstständigkeit, Medikamentengabe, Zwangsadoption, Spezialheime, Angehörige von Religionsgemeinschaften oder Jugendsubkulturen; Angehörige)
 - Angebot: psychosoziale Begleitung und psychotherapeutische Hilfen im Umgang mit den anhaltenden Folgen politischer Traumatisierung; Malgruppe, traumasensibles Yoga; geeigneter Ansprechpartner bei Suche nach wohnortnaher psychosozialer, psychologischer und klinischer Angebote der Regelversorgung; Begleitung bei Anerkennungsverfahren auf Beschädigtenversorgung

- **Doping-Opfer-Hilfe e. V., Berlin**
Normannenstraße 20, Haus 1, 10365 Berlin Tel.: 030 8049 3312, info@no-doping.org, www.no-doping.org
 - Zuständigkeit: bundesweit tätiger Verein für Geschädigte des organisierten Sports in Deutschland, insbesondere die Opfer des DDR-Staatsdopings
 - Angebot: Informationen, Beratung zur Bewältigung der oft schweren Lebenssituation und Unterstützung z. B. bei der Antragstellung auf verwaltungsrechtliche Rehabilitation und auf weitere Leistungen oder bei der Behördensuche

- **„UNSER HAUS“ – Projekt für und von Menschen mit Heimerfahrung, Berlin**
Pettenkofferstraße 32, 10247 Berlin, Tel.: 030 857 577 61, info@heimerfahrung.berlin, www.heimerfahrung.berlin
 - Zuständigkeit: bundesweit offener Treffpunkt und traumasensible Beratungsstelle für und von Menschen mit (BRD- und DDR-) Heimerfahrung
 - Angebot: auch telefonische Information und Beratung, Frauenselbsthilfegruppe, offenes Café, gemeinsame Aktivitäten wie malen und Sport

- **Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V., Torgau**
Fischerdoerfchen 15, 04860 Torgau, Tel.: 03421 714203, info@jugendwerkhof-torgau.de, www.jugendwerkhof-torgau.de
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständiger Verein, der ehemalige DDR-Heimkinder unterstützt
 - Angebot: Hilfe bei der Recherche von Jugendhilfe-, Heim- und Sonderakten und persönliche Beratung zu Möglichkeiten der Rehabilitation und Unterstützung bei der entsprechenden Antragstellung, begleitende Gesprächsangebote

-
- **Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e. V.**, Berlin
c/o UOKG e.V., Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, info@verfolgteddrfrauen.de, www.verfolgteddrfrauen.de
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbarer Verein von Frauen, die in der SBZ und der SED-Diktatur staatlichen politischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren (vergessene Kinder, Zwangsarbeit, DDR-Frauengefängnisse, Langzeitfolgen); Partner und Kinder der Betroffenen sind willkommen
 - Angebot: Zeitzeugenarbeit, Vernetzung ehemaliger politisch verfolgter und inhaftierter Frauen in der DDR und ihrer Familien

 - **Deutscher Verein Anti-D HCV-Geschädigter e. V.**, Wandlitz
Schönerlinder Chaussee 4, 16348 Wandlitz, Telefon: 0176 24 56 20 59,
Email: info@anti-d-hcv-geschaedigte.de , <https://www.antidhilfe.de/>
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbarer Verein, der die Frauen, die 1978/79 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durch das mit Hepatitis-Viren verseuchte Serum der Anti-D Immunophylaxe, welches wissentlich in Umlauf gebracht wurde, geschädigt wurden, in den Blick nimmt
 - Angebot: beratende Ansprechmöglichkeit für die betroffenen Frauen, Austausch von Informationen, gegenseitiger Hilfe und Ratschläge für die Betroffenen und deren Angehörigen im Arbeitsforum des Vereins

 - **Zentrale Auskunfts- und Vermittlungsstelle Zwangsadoption (ZAuV)**, Berlin
DGZ-Ring 12, 13086 Berlin, Tel.: (030) 187 030 1422, AdoptionDDR@badv.bund.de, https://www.zauv.bund.de/DE/Home/home_node.html
 - Zuständigkeit: bundesweit zuständige Auskunftsstelle für Anliegen Betroffener (= Adoptierte, leibliche Eltern von Adoptierten, Adoptiveltern, sowie Geschwister oder sonstige Verwandte) von politisch motivierten Adoptionen in der DDR beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) Zentrale Auskunfts- und Vermittlungsstelle (ZAuV)
 - Angebot: bietet Betroffenen für die Einzelfälle Vermittlung an Hilfs- und Beratungsangebote auf Bundes- und Länderebene zur zielgerichteten Recherche und persönlichen Aufklärung

 - **Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedelungen (AIZ)**, Berlin
Asseburgpfad 18, 12557 Berlin, Tel.: (030) 651 6972, pebennewitz@aol.com, Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedelungen (AIZ) • UOKG
 - Zuständigkeit: bundesweit ansprechbare Initiative für Betroffene und die Nachfahren von „Zwangsaussiedelungen“ in der DDR der so genannten Aktionen „Ungeziefer“ 1952 und „Festigung“ 1961
 - Angebot: Vernetzung der Betroffenen

-
- c) Staatliche Ansprechpartner für Beratung (Weitervermittlung) in den westdeutschen Bundesländern:
- **Beratung beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport**, Hannover
Referat 61, Lavesallee 6, 30169 Hannover, Tel.: 0511/120 – 4768, Klaus.Bittner@mi.niedersachsen.de, <https://www.mi.niedersachsen.de/hilfe-fuer-ddr-opfer-62991.html>
 - Zuständigkeit: ansprechbar für Opfer der DDR-Diktatur mit Wohnsitz in Niedersachsen
 - Angebot: Das Referat 61 koordiniert regelmäßig Beratungstage (mit persönlicher Beratung) für SED-Unrechtsbetroffene in einzelnen Städten in Niedersachsen in der Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt (Termine für die örtlichen Beratungstage werden auf der Internetseite aktualisiert) und erteilt allgemeine Auskünfte zur Antragsstellungen und arbeitet mit dem Niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasiopfer zusammen.

 - **Der Beauftragte der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern**, Düsseldorf
Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Völklinger Straße 4, 40219 Düsseldorf, Tel.: 0211-896-4840, heiko.hendriks@mkw.nrw.de, <https://www.mkw.nrw/landesbeirat>
 - Zuständigkeit: ist mit Themen und NRW-Betroffenenvertretungen von Flüchtlingen aus der damaligen DDR befasst
 - Angebot: leitet als Ansprechpartner Anliegen von SED-Unrechtsbetroffenen innerhalb von NRW (nach Möglichkeit) an geeignete Stellen weiter; **AKTUELL**: Am 15. November 2024 findet ein erster Pilot-Beratungstag in Kooperation mit dem Berliner Landesbeauftragten in Düsseldorf im Gerhart-Hauptmann Haus von 10.00 bis 15.00 Uhr statt.

 - **Zentrale Anlaufstelle beim Regierungspräsidium Gießen, Dezernat 61**, Gießen
Landesversorgungsamt, Abteilung VI, Landgraf-Philipp-Platz 1–7, 35390 Gießen, Tel.: 0641 30 3 2728, carsten.velten@rpgi.hessen.de
Zuständigkeit: regierungsbezirkswweit zuständige (Beratungs-)Stelle für die Rehabilitation nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen
Angebot: Hilfestellung beim Antragsverfahren (sensibilisierte Mitarbeitende), Vermittlung an landkreisweite Traumaambulanzen, (hessenweiter) Einsatz spezifisch geschulter Gutachterin in Antragsverfahren zur Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden; bei Wohnsitz außerhalb des RP Gießen Weitervermittlung an die zuständigen Stellen in den beiden weiteren hessischen Regierungsbezirken

d) Weitere Stellen:

- **Mitarbeit beim „Koordinierenden Zeitzeugenbüro“, Berlin**
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstraße 66, 13055 Berlin,
Tel.: 030 / 98 60 82-414, info@ddr-zeitzeuge.de, www.ddr-zeitzeuge.de
 - Zuständigkeit: bundesweit tätiges (von BKM⁷ finanziertes) Büro für DDR-Diktatur-Zeitzeugen als gemeinsame Servicestelle der Bundesstiftung Aufarbeitung, der Stiftung Berliner Mauer und der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

- Die **Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 37893, vorzimmer.opfb@bundestag.de, www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte
 - Zuständigkeit: übergeordnete Bündelung von Anliegen, Bedürfnissen und Bedarfen Betroffener von SED-Unrecht und Einbringung in die Bundespolitik, KEINE Beratung zu konkreten Ansprüchen oder Verfahren Betroffener
 - Angebot: KEINE Einzelfallberatung, Zusammenarbeit mit allen Institutionen der Aufarbeitungslandschaft, Weitervermittlung an geeignete (Beratungs-)Stellen



www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte

⁷ Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien der Bundesrepublik Deutschland (BKM)